



Barbara Steinemann
Juristin, Kantonsrätin SVP
Watt

Faule Wertpapiere vom Finanzadel

Nach Jahren in Saus und Braus der Schweizer Geldhäuser geht nun also auch der weltgrösste Vermögensverwalter beim Steuerzahler auf Betteltour. 62'000 Millionen Franken soll die Nationalbank zur Auslagerung fauler UBS-Papiere lockermachen und in eine Zweckgesellschaft auf Cayman Island investieren – ausserhalb der Schweizer Rechtsordnung, und das alles erst noch mittels Notrecht. Verlieren die illiquiden Papiere weiterhin an Wert, geht dieser Verlust zulasten von Bund und Kantonen, worauf dann die Schuldscheine dem Steuerzahler an der Haxe kleben.

Wer an der Futterkrippe der hiesigen Börsenstars angekommen ist, scheint keine Zurückhaltung mehr zu kennen. Denn Bonis sind eigentlich nach dem logischen Verständnis als Anreize zu nachhaltigem Arbeiten an den Hebeln der Verantwortung vorgesehen, für besondere Leistung, die sich dann buchstäblich ausbezahlt. Für Milliardenauszahlungen in Zeiten tieferer Zahlen und bei begangenen Fehlern sind sie ganz bestimmt nicht gedacht. Insofern hat die Selbstregulierung, die sich die Banken einst unter dem modernen Titel „corporate Governance“ auf die Fahne geschrieben haben, nicht gegriffen. Es ist nicht einleuchtend, warum sich die Finanzfürsten ein selbstdefiniertes, üppiges Zusatzhonorar dafür bezahlen lassen, wenn sie ihrem Alltagsgeschäft nachgehen, das auch jeder Kleinunternehmer wahren muss.

An sich ist nichts grundsätzlich gegen Bonis einzuwenden: Wenn Grosskonzerne erfolgreich geführt werden, profitiert die Volkswirtschaft. So läuft der Wertschöpfungsprozess, darauf basiert unser Wohlstand. Jede Masslosigkeit und jeder Misstand schafft sich aber seine Gegenthese. Zu unseren grössten Errungenschaften gehört der Schutz des privaten Eigentums. Der Staat hat Eigentümerrechte durchzusetzen, gerade auch gegenüber Verwaltungsräten und Managern, die sich an den Eignern bereichern wollen. Stossend und einer Korrektur fällig ist daher, dass die Aktionäre keinen Einfluss auf diese Fragen ausüben vermögen. Eine

dahingehende Gesetzesänderung wäre aber auch die einzige positive Konsequenz aus der momentanen Situation.

Die Unsitte hatte vor wenigen Jahren auch die Führungsebene der Zürcher Staatsbank ZKB erreicht. Das – politisch zusammengesetzte – Führungstrio, bestehend aus einem SVP-Mann als Chef, einer SP-Frau und einem FDP-Mann, hatte sich ohne gesetzliche Grundlage einen Bonus gegönnt – eine verhältnismässig bescheidene Summe von 250 000 Fr. Begründung des dreisten Trios: Die anderen Banker kriegen so was auch. Die FDP mochte ihrem Vertreter den Bonus gönnen, SVP und SP zwangen ihre Repräsentanten zur Rückgabe der Prämien, ansonsten werde ihnen die Wiederwahl verweigert. Die gesetzliche Regelung, auf der der Sonderstatus der ZKB als Bank im Eigentum der Bevölkerung des Kantons Zürich basierte, sieht keine Bonusleistung vor und ein Gremium, das eine solche hätte bewilligen können, ist nicht vorhanden.

Auch im Falle der Grossbanken müssen Lösungen gefunden werden, die dem Volksempfinden entsprechen. Es geht nicht an, dass ein relativ kleiner Personenkreis sich auf einfache Weise mit Boni und Abfindungen bedient und die grosse Zahl der kleineren und mittleren Aktionäre vor vollendete Tatsachen stellen kann.

Was besonders stossend ist, und letztendlich unsere gesellschaftliche Ordnung untergräbt, ist die Tatsache, dass die Verluste verstaatlicht werden, nachdem die Gewinne vorher privatisiert worden sind. Die Alternative wäre, dass sich das Geldinstitut auf jenes Niveau schrumpfen lässt, das ihm der Markt zuweist – ohne die Staatskrücken. Doch der Bund macht nun das Gegenteil; er haut die Banker heraus und gibt damit das falsche Signal: Jedes Risiko kann eingegangen werden. Bei Scheitern kommt der Steuerzahler auf. Dieser sitzt nun zusammen mit dem Kreditinstitut in der Tinte des US-Immobilienmarktes.

Liebe Leserinnen und Leser

Bitte telefonieren Sie bei Unregelmässigkeiten (zuviel WOSPI oder gar keinen) unserer extra für diese Fälle eingerichteten Hot-Line.

044 248 52 89

IMPRESSUM

Wochenspiegel Verlags AG

Herausgeber:

Andreas Mohler
mohler@wospi.ch

Redaktion:

redaktion@wospi.ch
eilers@wospi.ch

Reporterin: Rita Moser

UL-Assistentin/Buchhaltung:

Corinne Teuscher
teuscher@wospi.ch

Verlagsleiter:

Manfred Eilers, 044 863 72 04
eilers@wospi.ch

Inseratenberatung:

Rebecca Schaffner,
schaffner@wospi.ch
Sandra Zimmermann,
zimmermann@wospi.ch

Kolumnisten:

Béatrice Petrucco
Claudia Schuster
Dölf Huber

Produktion

Prepress:

Wochenspiegel Verlags AG
Feldstrasse 82
8180 Bülach
Telefon 044 863 72 00

Theo Riche, info@wospi.ch
Fax 044 863 72 01
Tel. direkt: 044 863 72 10

Druck:

ZDS Zeitungsdruck
Schaffhausen AG

Normalauflage: 37 106 Ex.

Grossauflage: 59 000 Ex.
(4 x pro Jahr)

Erscheint neu jeden Mittwoch

Inseratenannahmeschluss:

spätestens Montag, 16 Uhr

Farbdatenlieferung:

spätestens Montag, 14 Uhr

Agendaeinträge:

Freitag der Vorwoche, 11 Uhr

Textbeiträge/Eingesandte:

Donnerstag Vorwoche, 11 Uhr

wospi